

Begugs.-Preis

in der Hauptexpedition oder deren Filialen abzehalt: vierzigpfennig A 8.— bei gewöhnlicher Postlieferung ins Ausland A 8.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Österreich vierzigpfennig A 4.50, für die übrigen Länder und Seeland vierzigpfennig.

Redaktion und Expedition:

Schumannstraße 8.

Gesamtpreise 150 und 220.

Filialexpeditioen:

Ulrich Gehr, Buchdruckerei, Untermarkt 8,
2. Stock, Schauspielhaus, 14. u. Königsg. 7.

Haupt-Filiale Dresden:

Stadtkirche Straße 6.

Gesamtpreise I. R. 1 Nr. 1718.

Haupt-Filiale Berlin:

Carl Lüder, Herzl. Vorz. Hofbuchdruckl.,
Königstrasse 10.

Gesamtpreise I. R. VI Nr. 4608.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 117.

Donnerstag den 5. März 1903.

97. Jahrgang.

Politische Tagesschau.

* Leipzig, 5. März.

Eisenbahnen im Reichstage.

Im Gegensatz zu verschiedenen seiner preußischen Kollegen, die es ablehnen, im Reichstage auf die Beschwerden der Reisenden aus dem Hause zu antworten, war gestern der Eisenbahnminister Budde im Reichstage erschienen, um bei der zweiten Beratung des Staats- und Reichsvertragsabnahmen, dessen Ueber er ist, seine Kritik und Antwort zu liefern. Sein Neues konnte er freilich, naddem er jedoch erst im preußischen Abgeordnetenkabinett sein Amtswort entwölft hatte, nicht sagen. Hervorgehoben sei nur, daß er der falschen Auffassung gegenüberstand, er habe sich im Abgeordnetenkabinett ablenken gegen das Verlangen nach einer Personentarifreform verhalten. Nur gegen Empfehlungen aus diesem Gebiete habe er sich erklärt, die vom Ende einer einheitlichen Regelung im ganzen Reiche sich entfernen würden. Man wird ja se, wo diese Bemerkung bezieht werden soll, ihr Gewiss nicht verstehen. Um übrigens drehten sich die Verhandlungen hauptsächlich um das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter, um eine Frage also, über die man selbst im sozialdemokratischen Lager nicht einig ist. So besteht bejüglich dieser umstrittenen Rechte zwischen dem "Vorwärts" und dem "Weltkrieger", dem Organ des sozialdemokratischen Eisenbahnarbeiterverbandes, eine Meinungsverschiedenheit grundsätzlicher Art. Während nämlich der "Vorwärts" der Meinung ist, daß die preußischen Eisenbahner, als der Reichsgenossenschaft nicht unterstellt, auf Grund der preußischen Besetzung das Koalitionsrecht hätten, in der "Weltkrieger" der Ansicht, daß die Eisenbahner wegen des § 6 der Generoberordnung das Koalitionsrecht nicht besitzen. Der "Weltkrieger" streicht in dieser Beziehung:

"Was der § 6 der Generoberordnung betrifft, der die Eisenbahner von dem Gebrauche des Koalitionsrechtes — unserer Ansicht nach in durchaus widerrechtfertiger Weise — ausschließt, so trifft dieser Paragraph sicher nicht auf die Eisenbahn, die in den Eisenbahnarbeiter beschäftigt sind, zu, ebenso wenig wie auf diejenigen Arbeiter, die nicht hauptsächlich angestellt sind. ... Es kann aber jedenfalls der Eisenbahnarbeiter im Deutschen Reichstage immer wieder hinweisen, daß dieser Paragraph aus der Generoberordnung daher abgesondert wird, daß er auf die in dem Paragraphen angeführten Gewerbe beschäftigten Arbeiter keine Anwendung findet."

So der "Weltkrieger" am 28. Februar b. J. Da grundlegender Vereinbarung mit dem "Vorwärts" hat gestern Herr Budde im Reichstage wie schon dieser Tage im preußischen Abgeordnetenkabinett den Eisenbahnen das Recht, sich zu vereinen, nicht bestreiten, sondern unbedingt zu gestanden; tatsächlich besteht ja auch eine große Zahl von Zusammenschlüssen der Eisenbahner, die sogar von oben gefördert werden. Aber Herr Budde hat zugleich mit größter Entschiedenheit erklärt, daß er jede Befreiung aus Verhandlungen, d. h. wohl an Berufen, die Sicherheit des Reichstages und die Erfüllung der Verleihungen im Falle zu stellen, verhindern werde. Hierin pflichtet dem Minister, unter der Verantwortung der Abteilung jenseits vorbaner Wirkungsstelle, die "Soziale Praxis" "Rückhalt" bei. Das genannte Organ der Sozialreformer befürchtet es als die erste und heimliche Flucht des Eisenbahnministers, dafür zu sorgen, daß die ihm anvertraute Verwaltung sich in gegegnerischen Bewegungen und der Verfehlung sich erweichen möge. Wie die Aufführung des Koalitionsrechtes der Arbeiter", schreibt die "Soziale Praxis" weiter, "mit der Erfüllung dieser Pflicht der Verwaltung in Kon-

tritt gerät, müssen für jene Schranken gezogen werden. Das öffentliche Wohl, das heute in beträchtlichem Maße von dem Eisenbahnverkehr abhängt, geht den auf Selbständigkeit gerichteten Verhandlungen eines Einzelnen oder selbst einer Klasse vor." Wann und wo diese Schranken aufzurichten seien, lasse sich nicht ein für allemal, sondern nur vor Fall zu Fall feststellen. Weite eine grundsätzliche Lösung verfließt, so erscheine als der einzige Ausweg mehr und mehr die Arbeit der Staatsbetriebe mit den vollen Rechten der angestellten Beamten in Dring auf Sicherung des Reiters, Antrüden nach dem Dienstalter, Renten usw. anzuordnen, wobei jedoch die Plichten der Beamten in vollem Umfang übernommen werden müßten. Minister Budde hat sich gestern über diesen Vorschlag nicht erkämpft, aber die Schaffung einer neuen Beamtenordnung im preußischen Eisenbahnkabinett und im Reichsstaat zeigt an, daß man im Reiche und in Preußen gleichfalls an diesen Weg denkt.

Die Interpellation über den Trierer Vorfall

ist, wie die "Germania" behauptet, ausgelaufen wie das bekannte "Hornberger Schießen". Auf gleicher Linie mit dieser Behauptung steht die weitere, die Rechte des Abgeordneten Roeren sei eine "wahre Equidistant" gewesen. Es ist wohl möglich, daß man im ultramontanen Lager die Geschichte so bald, als es angeht, der Vergessenheit überliefern möchte, denn unmittelbar vor den Hessentagewahlen hatte der Bischof des Bistums Worms doch mit einigem Nachdruck gewirkt, der einen hellen Schein auf die Lage wünschte; die protestantischen Kreise des Volkes haben aufs neue eine Auflösung darüber erhalten, daß der Kampf der römischen Kirche gegen den Staat war, die moderne Entwicklung niemals aufzuhalten, sondern nur zeitweilig zurückgestellt wird, wenn man auf Grund dieser Katholiken politische Freiheiten waden lassen. Die "Germania" verläßt weiter, das Zentrum könne mit dem Verlauf der Interpellation zufrieden sein als seine Gräber. In Wirklichkeit haben die Centrumstreiter Dittmar und Roeren höchst schlecht abgeschnitten, wie das widerholte Gnädiger, daß ihnen aus allen Parteien entgegenkam, beweisen hat; die Gründer der Partei hatten sich vornehmlich gerichtet, weil sie wollten, daß für sie in diesen Auswandererzugungen keine Übren zu dolen waren, sie überhaupt vermieden die Arbeit, auf die schweren Angriffe aller Parteien zu erwidern, denn Abg. Roeren, der als parlamentarischer Kämpfer bekannt ist. Unter diesen Umständen kann man nur darüber lachen, daß die "Germania" behauptet, es sei von Seiten der nationalliberalen Fraktion offenbar ein schwerer Fehler jeder gewesen, in dem vorliegenden Trierer Schulstreite das schwere Gewicht einer Interpellation aufzuführen, statt dies aus einem Zeitungskreis herausgezogene Auseinander zu halten, auch weiter als Zeitungskreis erörtern und zum Abschluß bringen zu lassen. Es wäre wohl dem Ultramontanismus erwünscht geworden, wenn die Angelegenheit unter der Haube beigelegt worden wäre, allein die preußischen Nationalliberalen waren ihrer Vergangenheit nach verpflichtet, die Sache im Abgeordnetenkabinett vor Sprache zu bringen, damit der Regierung Gelegenheit gegeben werde, flat auszusprechen, wie sie ihre Autorität und Würde gegenüber dem Bischof eines überzeugten Bischofs wahren will. Die Interpellation war nicht auf den Kulturrechtsstreit gekommen, wie die "Germania" behauptet, denn die Nationalliberalen wolle von dem Kulturrechtsstreit "unheilige Angewandte", wie der Abg. Hackenberg ausdrücklich versicherte, nichts wissen. Wenn jemand den Kulturrechtsstreit verabschiedet hätte, so ist es der Bischof von Trier gewesen, der gegen die staatliche Schule mit den Zeichen der Kirche vorgegangen ist, ohne daß irgend ein Anlaß dazu vorgelegen hätte. Erstler als die Auskünfte der "Ge-

mania" über den Verlauf der Interpellation sind übrigens die Besuchte dieses Blattes zu nehmen, den Gegenstand der Verhandlungen der preußischen Regierung mit dem Bischof über den Ertrag des Bischofs zu wechseln und an die Stelle der Verhandlungen sollte über die Trierer Schulverhältnisse zu schicken. Durchaus zutreffend bemerkt die "Ratzeburg" in diesem Berichtsblattverschluß: "Der Staat kann mit der Kürze verbündet, um ihr Platz zu machen, doch eine kirchliche Anordnung zuwidrig geworden werden müsse, wenn nicht gleichzeitig eintraten sollen, welche der römischen Kirche Jahr zu Jahr vollkommen sein würden, aber eine preußische Regierung, welche mit dem Papst über die Einrichtung preußischer Schulen verhandelt, würde jede Spur von Unruhen einüben und die große Weisheit des preußischen Volkes zu unbegreiflicher und schärfster Opposition herausfordern. Wie haben aus den Erklärungen des Grafen Villow und des Ministers Stadtm nicht entnommen, daß man daran denkt, sich mit der römischen Kirche auf Erörterungen über die Trierer Schulen einzulassen. Die Herausforderung des Staates durch die Bekanntmachung des Bischofs Worms und die Frage, ob über unbedeutende Einzelheiten der Trierer Schulverhältnisse katholischerseits Beschwerden erhoben werden können — was bis jetzt höchst zweifelhaft ist —, dürfte nicht vermieden werden; ließe die Regierung sich auf eine derartige Verhandlung der Sache ein, so würde sie anerkennen, daß Bischof Jo oder ähnlich, wie Herr Dr. Körner, vorzugeben berechtigt oder dabei doch wenigstens entwöhnt seien, sobald sie glauben, sich über ein Stadtkirchspiel mit dem Bischof gewischt zu haben.

Wladislaus Nieder †.

Im Alter von 8 Jahren ist in Prag der bedeutende tschechische Staatsmann gestorben, nachdem er schon seit 15 Jahren sich ganz von dem politischen Schauspiel verabschiedet war, auf dem er sich ein halbes Jahrhundert als hervorragende Rolle gespielt hat. Im Jahre 1818 zu Semil im Kreise Südböhmen geboren, stand Prinz Wladislaus Nieder die Böhmischanhänger ein, die er aber 1848 infolge eines politischen Prozesses aufgab. Dieser Prozeß trug ihm aber die Wahl in den Nationalversammlung ein. Als Mitglied des österreichischen Reichsrates entwidmete er sich bald zum anerkannten Vorwärts der Tschechen Partei, der er auch schriftstellerisch und journalistisch diente. So schrieb er "Les Slaves d'Autriche", ferner "Böhmen, Land und Volk" u. a., auch gründete er mit Robert die böhmische Nationalencyclopädie. Daraufhin aber veröffentlichte er nationalökonomische Schriften, wie "Ueber immobiliäre Güter und deren Bedeutung für die Nationalökonomie" u. a. Als im Jahre 1860 infolge des Österreichdiplooms die Gründung einer tschechischen Nationalpartei erfolgt war, trat er mit seinem Schwestern, dem tschechischen österreichischen Palacký, an die Spitze dieser Partei und führte im Reichsrat ein föderalistisches Programm auf. Im Jahre 1868 stellte er die nationalen Forderungen der Tschechen auf und unterzeichnete die Declaration des böhmischen Staatsvertrages. Auf sein Bestreben hinsetzen die Tschechen von 1869–1870 dem Reichstag wie dem böhmischen Landtag lehrten. Unermüdlich agierte Nieder im Bunde mit denulden und Ultramontanen für Wiederherstellung der Selbständigkeit der Böhmischen Krone und leitete 1871 unter dem Ministerium Hohenwart die Verhandlungen mit diesem über eine föderalistische Gestaltung Österreichs, die indessen scheiterten. Nachdem

1879 unter dem Ministerium Taaffe die Tschechen wieder in den Reichsrat einzetreten waren, ward N. einer der führenden der föderalistischen Regierungsmehrheit und das unbedeutende Vorwerk der altsächsischen Fraktion. Als solches erhielt er an seinem 70. Geburtstage ein Nationalgedenk von 100 000 Gulden. Aber infolge des Aufstands der Jungtschechen fand Nieder Günstig allmählich. Er hatte den Ausgleich mit den Deutschen von 1860 herbeiführen helfen, den die Jungtschechen befürworteten. Auch wurde es ihm von den radikalsten Tschechen verübt, doch er das Bündnis Österreichs mit Deutschland anerkannte und die Hoffnungen, welche das Jungtschechen auf das panlawistische Reich legte, nicht teilte. Bei den Reichstagswahlen von 1891 wurde Nieder ebenso wie die meisten Mitglieder der altsächsischen Partei nicht wiedergewählt, und er zog sich von da an fast ganz vom politischen Leben zurück. 1897 wurde er ins Herrenhaus berufen und in den Freiherrnstand erhoben.

Die Boerengeneräle.

Zwischen den Boerengenerälen Vorha, Delarey und De Wet auf der einen und Viljoen auf der anderen Seite ist seit längerer Zeit ein Zwist ausgebrochen. Viljoen hatte es diesen viel genommen, daß sie ihn nicht mitgenommen hatten, als sie nach Europa reisten. Schowalter befürchtet den Fall in der "Tazl. Adh.", Er sagt, die drei Generäle hätten dazu keinen Auftrag und keine Ernährung; aber Viljoen empfand es als eine schmerzhafte Zurückstellung, daß sie ihm trotzdem nicht zur Mittelreise auftreten durften. Er reiste deshalb allein mit dem nächsten Schiff nach Europa und wußte jede Verübung mit den drei Generälen. Chamberlain suchte diesen Zwischenfall auszuspielen, indem er Viljoen gegen die drei Generäle vorbrachte; aber damit prahlte er an der Feindseligkeit der Generäle ab. Als er ihnen erklärte, er könne sie nun nicht mitgliedern des geplanten Rates für Transvaal vorzuschlagen, erwiderten Delarey:

"Excellenz überheben und damit der Wille des Menschen. Ich für meine Person denke gar nicht daran, eine politische Rolle spielen zu wollen, denn ich bin ein Bauer. Ich werde mein Haus aufbauen und meine Farm bebauen, und das wird mich völlig in Anspruch nehmen. Wenn ich daneben etwas für mein Volk tun, so ist es gern, auch ohne daß ich Mitglied eines Rates bin... Wenn Excellenz mich dazu brauchen, bin ich bereit." Hier hieß es, um endlich hinzuzufügen: "Und Excellenz werden mich brauchen."

Schowalter befürchtet die persönlich schwierige Rolle Viljoens und bedenkt, daß die Generäle ihn nicht verlassen und ihm nicht für die gemeinsame Arbeit gewonnen haben, und würde es bedauern, wenn es den Engländern gelänge, ihm für sich zu gewinnen und gegen die drei Generäle auszuspielen. Schowalter schreibt deshalb gegenüber anderen Meinungen, die dahin geben, daß die drei Generäle sich durch ihre Schrödigkeit unmöglich gemacht, Viljoen aber nicht genau habe und befürchtet, eine Rolle zu spielen. — Wir aber, die wir diese Ansicht über Viljoens Verabredung teilen, aber auch die politischen Fähigkeiten der übrigen Generäle nach Geduld zu schätzen wissen, können nur wünschen, daß diese Helden den Weg zu gemeinsamem einträchtigen Wirkeln finden. Vorha, De Wet und Delarey ohne Viljoen hätten eine mächtige Partei, die "Föderationspartei", zu bekämpfen neben den englischen Dingoes und den Handbüppern noch eine andre, und in diesen inneren Kämpfen würden sie ihre Kraft aufzuzeigen. Viljoen ohne Vorha, De Wet und Delarey aber hätte nicht genug Rückhalt im Volke, — vor allem nicht bei den alten angesehenen "Voortrefferfamilien", —

Feuilleton.

Feierstunden.

Ein Jahr aus einem Leben.

Von Emil Roland.

Autorennotiz.

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...